



Antrag

der Abgeordneten **Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel** und **Fraktion (AfD)**

Bayerische Wirtschaft vor Grünflation und Deindustrialisierung schützen! Nein zur Verschärfung des EU-Emissionshandels!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundes- und EU-Ebene gegen

- die beschleunigte Verknappung von CO₂-Zertifikaten im EU-Emissionshandelssystem (EHS) I,
- eine Offenlegungspflicht für Energiekonzerne, welchen Anteil der Kosten des Zertifikatenkaufs diese an Kunden weitergeben,
- die Verknappung von CO₂-Zertifikaten für Flüge innerhalb der EU,
- die Ausweitung des EU-EHS auf die Schifffahrt,
- die Einführung des EU-EHS II auf Gebäude und Straßenverkehr,
- die Einbeziehung der Müllverbrennung in das EU-EHS,
- die Einführung des Kohlenstoffgrenzausgleichsmechanismus (CBAM),
- die Einrichtung eines EU-Sozialklimafonds einzusetzen.

Begründung:

Im April 2023 hat das Europäische Parlament mehreren Vorhaben des „Fit for 55“-Klimapakets der EU zugestimmt, darunter die schnellere Verknappung von CO₂-Zertifikaten, die Ausweitung des EU-Emissionshandelssystems (EHS) auf Flüge innerhalb der EU, auf Gebäude, Straßenverkehr und Müllverbrennung, sowie die Einführung des CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) und eines sogenannten Sozialen Klimafonds.¹

Mit 36 Euro pro Tonne CO₂ hat Deutschland nach den skandinavischen Ländern, die alle auf Kern- und Wasserkraft setzen (können), bereits jetzt die höchste CO₂-Bepreisung weltweit.² Umfassende Metastudien beziffern die Gesamtkosten der CO₂-Bepreisung und der daraus resultierenden Deindustrialisierung (euphemistisch „Carbon Leakage“ genannt) auf 0,6 bis 1,6 Prozent des deutschen BIP.³

¹ Tagesschau (2023). Ausweitung von CO₂-Handel beschlossen. URL: <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/eu-parlament-klimaschutzgesetze-101.html>

² OECD (2021). Effective Carbon Rates 2021: Pricing Carbon Emissions through Taxes and Emissions Trading. URL: <https://doi.org/10.1787/0e8e24f5-en>

³ Branger F., Quirion P. (2013). Would border carbon adjustments prevent carbon leakage and heavy industry competitiveness losses? Insights from a meta-analysis of recent economic studies. Ecological Economics. URL: <https://doi.org/10.1016/j.ecolecon.2013.12.010> | Böhringer C. et al. (2021). Climate Policies after Paris: Pledge, Trade, and Recycle. IfW Kiel. URL: <https://bit.ly/3AcwP4o>

Die beschleunigte Verknappung des bestehenden EU-EHS (I) wird laut dem Öko-Institut den deutschen Steuerzahler zwischen 2024 und 2033 mindestens 50 Mrd. Euro kosten.⁴ Nach Schätzungen des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft wird das neue EU-EHS (II) auf Gebäude und Straßenverkehr die deutsche Wirtschaft zwischen 2027 und 2033 mit weiteren 72 Mrd. Euro belasten.⁵ Nach Schätzungen der Europäischen Kommission wird die Einführung des CO₂-Grenzausgleichsmechanismus die deutsche Wirtschaft zwischen 2024 und 2033 weitere 70 Mrd. Euro kosten.⁶ Zusammen wird dies den durchschnittlichen deutschen Haushalt jährlich über 460 Euro kosten.

⁴ Matthes F. et al. (2021). CO₂-Bepreisung und die Reform der Steuern und Umlagen auf Strom: Die Umfinanzierung der Umlage des Erneuerbare-Energien-Gesetzes. Öko-Institut. URL: https://www.oeko.de/fileadmin/oekodoc/CO2-Bepreisung_und_die_Reform_der_Steuern.pdf

⁵ Held B. et al. (2022). Assessment of the EU Commission's Proposal on an EU ETS for buildings & road transport (EU ETS 2). URL: https://foes.de/publikationen/2022/2022-01_Study-Assessment-EU-ETS2.pdf

⁶ European Commission (2021). Proposal for a regulation of the European Parliament and of the Council establishing a carbon border adjustment mechanism. URL: https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/carbon_border_adjustment_mechanism_0.pdf